

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Abzugspreise:** Das 25 mm breite Jahr löst 0,20 Geldmarkt, für anderwärts 0,25 Geldmarkt für das Ausland 0,30 Geldmarkt. Die Jahrespreise 61 mm breit, löst 1,50 Geldmarkt für anderwärts 2,00 Geldmarkt. — Die Druckerei für Druckkosten beträgt 0,10 Geldmarkt. — Die Einlieferung anbestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

**Bezugspreise:** Für den halben Monat 1 G. Hart bei freier Zustellung durch Boten Postbezugs für Monat Mai 2,00 Geldmarkt für die Inlands-Post monatlich 6 Str. 15. Abzugsentbehrungen: im Inlande wöchentlich 0,50 Geldmarkt, nach dem Ausland 1,20 Geldmarkt. Einzelnummer 10 G. Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden, Ferdinandsstr. 4. • Fernruf: 27 950, 27 951, 27 952, 27 953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 116

Sonntag, 17. Mai 1924

XXXII. Jahrg.

## Dollar oder Pfund?

### Die Grundlage des künftigen deutschen Geldes Gegensätze zwischen England und Amerika

Telegramm unres. Korrespondenten  
Paris, 16. Mai. Die nunmehr erfolgte Er-  
klärung aller im Sachverständigenrat vorgeordneten  
Organisationen durch die Reparationskommission  
über den vorläufigen Abschluß der Arbeiten im  
Sachverständigenrat. Die künftige deutsche Regierung wird  
die Gesandtschaft ausarbeiten und nach Paris zu  
fahren haben. Man ist hier noch dem in Brüssel er-  
folgten Schritt des deutschen Gesandten und im Ein-  
verständnis mit dem Reichstag über den Verlauf der Berliner  
Gesandtschaftsgespräche optimistisch getimmt. Die von dem  
General Board der amerikanischen Federal Reserve Board  
ausgesprochene Ansicht, daß das neue deutsche Geld dem  
Dollar und nicht dem Pfund Sterling angepaßt wer-  
den muß, um die Durchführung der internationalen  
Kaufkraft zu ermöglichen, ruft hier um so größere  
Aufmerksamkeit hervor, als der amerikanische Bot-  
schafter in der Reparationskommission, Logan, vor  
einigen Tagen die Erklärung gab, man werde sich an die  
Sachverständigenratvorschlüsse halten und in Amerika die  
Einführung des neuen Pfund Sterling, die neuen  
deutschen Geldes geben. Heute wurde von derselben  
amerikanischen Seite bemerkt, daß die Entscheidung des  
General Board nicht eine definitive Stellungnahme  
darstellt, sondern nur in dem Fall als endgültig angue-  
hen sei, wenn die feste Relation zwischen Pfund  
Sterling und Dollar nicht zustande kommen sollte.  
Dieser Punkt schwebt gegenwärtig Verhand-  
lungen zwischen London und Washington.

Die bisherigen Verhandlungen begnügen sich nicht mit  
einer Aufklärung, sondern erörtert die Rückwirkung  
der Entscheidung des General Board auf die Finanzen  
Frankreichs. Man ist der Ansicht, daß die kom-  
munistische französische Regierung ohne Rücksicht auf die  
Stimmungen des Volkes gehen möchte, und zwar im  
Bewußtsein des großen Schaden, der durch die  
Entscheidung zum Pfund. Es könnte, so wird von eini-  
gen Seiten behauptet, nicht daraus an, einen  
solchen schmerzhaften Schritt heranzuführen, wie  
die Regierung Voincaré aus nachpolitischen Grün-  
den getan hat. Die sogenannte Entscheidung des General  
Board ist die Forderung, sondern die Stabilisierung. Das  
General Board von 30 Frankfurter als normal und  
stabil für die Handelswelt und die Industrie an-  
gesehen werden. Man nimmt an, daß die kommende  
Regierung in diesem Sinne die Befolgung des Fran-  
ken durchzuführen wird.

Es ist zu beobachten, daß man hier dem Wunsch des  
General Board unempfindlich gegenübersteht, und zwar  
weil, weil man darin eine Gefahr erblickt, daß der  
amerikanische Exporthandel nach Europa daraus große  
Schwierigkeiten haben und die französische Kaufkraft empfind-  
lich sinken würde. Eine politische Verantwortlichkeit der  
Majorität regt die Entscheidung einer  
Sachverständigenrat an, deren Aufgabe es sein soll,  
die aus dem Darnachplan sich ergebenden geschäftlichen  
Probleme zu regeln, damit die Auslieferung der deutschen  
Geldungen an die Gläubiger und alle damit zusammen-  
hängenden Operationen ohne Schwierigkeit abgewickelt  
werden können. Die wirtschaftliche Tätigkeit in allen  
Ländern würde durch eine erfolgreiche internationale  
Währungsreform wesentlich gefördert werden.

### Um das Fell des Bären

London, 16. Mai. (Fig. Drahtbericht.) Die  
Erklärung des amerikanischen Finanz-  
ministers über die Durchführung des Pariser Finanz-  
planes hat in Londoner Kreisen großes In-  
teresse erregt. Besonders bedarf diese Erklärung, die  
zur Grundlage der neuen deutschen Währungs nicht das  
Pfund Sterling, sondern der Dollar genommen  
werden soll. Es ist offensichtlich, daß sich hierüber  
zwischen England und Amerika eine ziem-  
lich heftige Kampfmittel hat, der nach  
einigen Zeitungsberichten übrigens auch schon inner-  
halb des General Board vorhanden ist. Die beiden  
Hauptgruppen haben in der Kausalfrage zwar noch  
keine definitive Entscheidung angenommen oder durch-  
gesetzt, aber der Kampf um das Fell des Bären ist be-  
reits im höchsten Grade. Auf englischer Seite wird  
die Entscheidung für die neue deutsche Währungs be-  
sonders damit begründet, daß ein einzelnes Goldhand-  
werk, wie die Amerikaner fordern, das ganze Weltmarktgeschäft be-  
deuten würde. Auch der englische Seite hat sich zum  
Pfund entschieden, seine Krone der deutschen Mark über  
dem französischen Franken vollkommen gleichzusetzen.

### Was werden die französischen Sozialisten tun?

Telegramm unres. Korrespondenten  
Paris, 16. Mai. Das Militärische über die  
Entscheidung der künftigen französischen Regie-  
rung hat vorüberhand aufgehört. Von den Sozialisten  
kann kein Zweifel sein, wenn sie nicht in das Kabinett

eintritt, so wird eine Annäherung an England  
und eine Personalunion der gemäßigten Republika-  
ner stattfinden. Im Lager der Sozialisten herrscht Un-  
klarheit über die Frage, ob außerordentliche Um-  
stände den Eintritt in eine bürgerliche Regierung be-  
gründen. Die Sozialisten sind in der einen Unter-  
stützung der Sozialisten zu geneigt, während die  
Kommunisten und Kuriel beantragen die Bildung  
eines außerordentlichen Kabinett mit einem sehr  
formulierten innen- und außenpolitischen Programm.  
In zwölf Tagen wird im Nationalrat der Sozialisten  
Partei die Entscheidung fallen. Man glaubt aber,  
daß sich aus der Zusammenkunft der künftigen deut-  
schen Regierung wichtige Gesichtspunkte für die Bil-  
dung der französischen ergeben werden.

### Gefährlicher Irrsinn

Telegramm unres. Korrespondenten  
Paris, 16. Mai

Dier erregt eine Erklärung, die der Berliner  
Korrespondent des „Daily Telegraph“  
von einer, wie er schreibt, „besonders quali-  
fiziertem und mit den höchsten Streifennamen  
sehr vertrauten Persönlichkeiten“ erhalten haben will.  
Besondere und bei der nationalpolitischen Presse  
verbreitet. In der Erklärung heißt es: „Von deutschen  
Standpunkt aus wäre es besser gewesen, wenn die  
französischen Wahlen Voincaré nicht zu  
Fall gebracht hätten“. Von der neuen Wäh-  
lerversammlung in Frankreich hat Deutschland ebenfalls  
keine Möglichkeit zu erwarten, die von Voincaré, solange  
das Parlament des Nationalen Blocks existiert.  
Wäre die Umkehr aber doch etwas härter worden,  
so hätte Voincaré nach den Wahlen mit dieser  
Opposition rechnen müssen. So wie die Dinge heute stehen,  
wird die neue französische Regierung anders unter  
der selbständigen Beobachtung Voincarés stehen und des-  
halb in ihren Entschlüssen schwanken. Auch in Bezug  
auf die Beziehungen zu England ist und der  
Rücktritt Voincarés unangenehm. Die neuen Männer  
werden mit England unterhandeln und wahrscheinlich  
auch zum Ziele gelangen, während wir mit England  
die größten Schwierigkeiten haben.“ In Unkenntnis  
französischen Wahlen und dem Standpunkt des  
Berliner Außenamtes reflektieren.

Es wäre interessant, zu erfahren, welche „be-  
sonders qualifizierte“ Persönlichkeit, dem Ver-  
treter des „Daily Telegraph“ diesen — es gibt keinen  
milderen Ausdruck — Irrsinn vortragen hat. Die  
Ansicht des deutschen Reichsaußenministers über das  
französische Wahlergebnis dürfte doch aus den Kom-  
mentaren der Dr. Stresemann nachkommend „Zeit“  
jedermaßen bekannt worden sein. Sollte die Beien-  
berber qualifizierte Persönlichkeit“ etwa nur in der  
Phantasie des Berliner Vertreters des „Daily  
Telegraph“ bestehen? Allerdings muß zugegeben  
werden, daß bei der außenpolitischen Beiratsabteilung,  
die viele deutsche Politiker auszeichnen, auch diese „be-  
sonders qualifizierte“ Persönlichkeit und ihre erlan-  
dete politische Auffassung der Weltlage in Wirklichkeit  
ganz gut existieren kann. Es hat ja sogar deutsche Zeit-  
ungen gegeben, die sich nachlässig bemächtigten, in  
Frankreich habe sich absolut nichts geändert, und Herr  
Voincaré werde einen Platz im kommenden Kabinett  
einnehmen.

### Auffindung deutscher Kriegerleichen bei Verdun

Berlin, 15. Mai. Vor einigen Wochen ging durch  
die französische und deutsche Presse die Mitteilung von  
der Auffindung deutscher Kriegerleichen  
in einem unterirdischen Gang an „Toten  
Ramm“ bei Verdun. Das Zentralnachrichtensamt  
für Kriegerverluste und Kriegesgräber in Spandau  
unternahm sofort durch Vermittlung der französischen  
Militärmission in Berlin Schritte, um eine Feststellung  
der Toten herbeizuführen. Die französische Militär-  
mission hat jetzt im allgemeinen die Tatsache bestätigt,  
aber hinzugefügt, daß infolge der gegenwärtigen unangenehm  
Witterungs- und Bodenverhältnisse (Erdrückungs-Gefahr)  
ein Vordringen in die ausgedehnten unterirdischen  
Gänge zur Zeit unmöglich erscheint. Sobald sich die  
Gelegenheit bietet, sollen die nötigen Bestimmungen  
umgehend getroffen und ihr Ergebnis dem Zentral-  
nachrichtensamt mitgeteilt werden. Das Amt wird jedoch  
die erhaltenen Auskünfte verständlich sowie — ohne  
besonderen Antrag — die Angehörigen der bisher etwa  
als Vermisste geführten und jetzt als tot festgestellten  
Krieger schnellstens benachrichtigen.

### Die Unklarheit wächst

#### Wenig Aussicht auf baldige Regierungsbildung — Offener Konflikt zwischen Reichsregierung und Deutschnationalen

Die parlamentarische Lage wird tag-  
lich unklarer. Die chronische Krise, die jeder  
deutschen Regierungsbildung seit 1920 vorausging,  
scheint sich jünglich aus diesem unter den Auspicien  
des neuen Reichstages einstellen zu wollen. Vorgertern  
glaubte die Deutsche Volkspartei, die Bildung eines  
Blocks der Mitte, der die Aktionsfähigkeit der Mittel-  
partei erhöht und sie auch zum ausschlaggebenden  
Faktor der Politik gemacht hätte, indem er ihnen die  
Möglichkeit gab, je nach den Umständen der Lage die  
Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten zur ver-  
antwortlichen Mitarbeit heranzuziehen, abzulehnen zu  
müssen. Sie verzichtete, auf diese reale Möglich-  
keit Politik zu treiben, zugunsten des unklaren  
Schlagworts von den „staatserhaltenden bürger-  
lichen Parteien“, das, abgesehen von seiner Unklarheit,  
auch noch recht bedenklich an die politische  
Fortriedeterminologie anklingt. Gestern  
berit die Antwort der hauptsächlichsten  
staatserhaltenden Partei, an die man bei diesem  
Entschluß gedacht hatte: Der Parteivorstand der  
Deutschnationalen, die am Donnerstag unter Vorsitz  
von Dr. Wegert zusammentrat, belächelte es, folgen-  
des Ultimatum an die Reichsregierung zu richten:

Wir fordern, daß die gegenwärtige Reichsregie-  
rung, entsprechend dem Wunsch des Volkes, der den  
veränderlichen politischen Willen des Volkes festhalten  
hat, dem Reichspräsidenten alsbald ihren Rück-  
tritt anbietet.  
Die gegenwärtige Regierung entbehrt jeg-  
lichen Rechtes, Deutschland in den Verhand-  
lungen über das Sachverständigenratgutachten nach ent-  
scheidend zu vertreten. Wir erheben entschiedenen  
Einspruch dagegen, daß das Kabinett etwa die Gehe-  
schwüre zur Durchführung des Gutachtens der  
Reparationskommission vorlegt oder auch nur in den  
vorbereitenden Verhandlungen den Organisations-  
komitee oder der Reparationskommission irgend-  
welche Erklärungen über den Standpunkt der deut-  
schen Regierung abgibt oder abgeben läßt. Die  
Deutschnationalen Volkspartei wird herabige Er-  
klärungen nicht als für sich bindend anerkennen.

Dieses scharfe Misstrauensvotum gegen  
die jetzige Regierung ist natürlich in erster Linie  
auf ein Misstrauensvotum gegen die bis-  
herige Reparationspolitik. Diese Repara-  
tionspolitik wurde aber von dem führenden Manne  
der Deutschen Volkspartei getrieben und er  
vorgestern von der Gesamtheit der Deutschen Volks-  
partei wieder gebilligt. Das Misstrauensvotum der  
Deutschnationalen richtet sich also auch gegen die  
Deutsche Volkspartei.

Nur in die innenpolitische Lage dadurch nicht  
gemindert, und im Ausland wird man sich fragen, wie  
weit die Versicherungen gewisser deutschnationaler  
Führer, auch sie hätten nicht an eine Ablehnung des  
Sachverständigenratgutachtens, ernst zu nehmen sind, nach-  
dem sie früher die bisherigen deutschen Politik in  
dieser Frage ein so scharfes Misstrauensvotum er-  
teilt haben.

Die Reichsregierung hat sich erfindungsweise be-  
eilt, außerordentlich klar und deutlich auf  
dieses Ultimatum zu antworten. Noch in  
der gestrigen Nacht hat sie vor aller Welt erklärt, daß  
sie nicht daran denke, zurückzutreten, daß sie pflicht-  
gemäß die übertragenen Regierungsgeschäfte nicht vor  
dem Inkrafttreten des neuen Reichstages aus der  
Hand geben werde, daß sie nicht nur das Recht, sondern  
auch die Pflicht habe, Deutschland in den Verhand-  
lungen über das Sachverständigenratgutachten zu ver-  
treten und die zur Durchführung der Gutachten erfor-  
derlichen Gesandtschaft vorzubereiten.

Bei dieser Haltung beruft sich die  
Reichsregierung mit Recht und Recht auf  
den Willen des Volkes. Der politische Wille  
des deutschen Volkes hat sich trotz des Anwachsens der  
extremen Parteien in dieser Beziehung nicht geändert.  
Unter der Reparationspolitik der Regierung stehen  
die Deutsche Volkspartei, die Zentrumspartei, die  
Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei  
und die Bayerische Volkspartei. Diese Parteien ver-  
fügen auch im neuen Reichstag über eine weitaus  
größere Stimmenzahl als die Deutschnationalen,  
großen und die eventuell mit ihnen gehenden übrigen  
Oppositionsparteien. Der Beschluß der  
Deutschnationalen wird einigermaßen  
erweiternd. Wie denkt man sich in den Kreisen um  
Wegert die Durchführung dieses Ultimatum?  
Widerspricht man dem Erfolg bei den letzten Wahlen  
nicht doch etwas? Das man vermeiden, daß die Deut-

schnationalen Volkspartei selbst mit ihren Verbündeten  
nur einen kleinen Bruchteil der Stimmen  
des neuen Reichstages umfaßt? Und daß selbst, wenn  
der unnatürliche Bund mit Reichlicher zustande  
kommen sollte, auch dann ein Sturz der Reichsregie-  
rung nicht möglich wäre?

Man sieht, die Unklarheit wächst. Die  
Ziele der Deutschnationalen bei der Abfassung des  
Ultimatum sind ebenso unklar wie alle ihre bisherigen  
Erklärungen. Vergänglich hat man von ihnen eine posi-  
tive Antwort auf die Frage erwartet, welche Poli-  
tik denn eigentlich von einem deut-  
sch-nationalen Kabinett getrieben werden  
sollte. Zum Sachverständigenratgutachten liegen die  
verschiedenartigen Ansichten aus ihren Reihen vor,  
und auch diejenigen Führer, die scheinbar gegen  
eine reine Ablehnung der Arbeit der  
Sachverständigenrat ausstraten, verhielten sich hinter  
zweideutigen Redensarten. Der Eindruck dieser  
Zweideutigkeit wirkt bereits weit über die deutschen  
Grenzen hinaus. Zweifelnd und zweifelnd fragt man  
sich in ausländischen politischen Kreisen, wie es die  
Deutschnationalen vereinbaren wollten — was nach den  
Erklärungen der Reichsregierung ist — eine Politik  
der Annahme der Sachverständigenratgutachten zu treiben,  
nachdem sie eine solche Politik suchen im Wahlkampf  
noch als Hochverräter bezeichnen hätten? Man be-  
ginnnt im Ausland bereits wieder „die deutsche  
Falle“ zu mittern und gewisse alte Schlagworte der  
Kriegspropaganda finden wieder ihren Weg in die  
politische Diskussion.

Wie stellt sich die Deutsche Volkspartei ein  
Kabinett der staatserhaltenden bürgerlichen Parteien  
unter diesen Umständen vor? Das sogenannte Ulti-  
matum der Deutschnationalen zeigt, daß diese Partei  
psychologisch noch nicht darauf vor-  
bereitet ist. Seite an Seite mit den  
übrigen bürgerlichen Parteien gemein-  
sam zu arbeiten. Das Ultimatum beweist  
vielmehr, daß die Deutschnationalen die unbedingte  
Führung des neuen Kabinetts und die unbedingtste  
Unterordnung der übrigen bürgerlichen Parteien ver-  
langen, die sie andächtig mit in die Regierung aufnehmen  
wollen. Angesichts einer solchen psychologischen Ein-  
stellung dürfte eher praktische politische Arbeit mit  
ihnen schwer möglich sein.

Das dürfte auch die Auffassung bei den andern  
bürgerlichen Parteien, bei Zentrum und Demokrati-  
sche Partei, sein. Die Deutsche Volkspartei hat aber vor-  
gertern ausdrücklich beschlossen, in ein Kabinett mit den  
Deutschnationalen nur zusammen mit Zen-  
trum und Demokraten einzutreten. Also haben  
auch diese Parteien bei der jetzigen Krise ein gewis-  
sames Wort mitzusprechen, nicht nur die neue Regie-  
rung auf der rechten.

Während aber dieser Beschluß der völkerversöhnlichen  
Fraktion einstimmig gefaßt wurde, gründeten Mit-  
glieder der gleichen Partei — neue Unklar-  
heit — in Dresden einen sogenannten „Natio-  
nalen Klub“, in dem unter dem Vorsitz von Dr.  
Heinze die Deutsche Volkspartei, Deutschnationalen  
und Deutschsozialisten zusammenfinden. Das heißt die  
schärfsten Gegner des Führers der Deut-  
schen Volkspartei, Dr. Stresemann,  
sind in einem Klub mit seinen Partei-  
genossen unter dem Patronat eines  
hervorragenden Abgeordneten der Deut-  
schen Volkspartei.

Man sieht, die Aussichten auf eine glatte  
Lösung der Regierungskrise verschwinden immer mehr  
im Nebel. Die jetzige Regierung will pflichtgemäß  
juristisches, wenn die neue Regierung gebildet ist,  
damit Deutschland in dieser schweren Zeit nicht eine  
regierungslose staatliche Episode durchmachen muß.  
Wir glauben, daß sie noch ziemlich lange am Ruder  
bleiben muß, wenn sie darauf warten will, daß die  
Parteien sich über ein neues Kabinett einig  
sollte sich die Arbeitsunfähigkeit des  
neuen Reichstages noch vor Beginn  
seiner Tätigkeit erweisen?

Wir haben diese Befürchtungen. Der neue Reich-  
stag hat Deutschland nach außen hin nicht aktions-  
fähiger als bisher gemacht. Dafür aber hat Frankreich  
eine außerordentlich aktionsfähige Kammer gewählt,  
und die Fäden zwischen London und  
Paris — immer und immer wieder und  
dabei hingewiesen werden — beginnen, sich enger  
und dichter zu knäueln, als je an einem  
Reparationskomitee in London.